

Forum 3 - Was sich mit der Transformation grundsätzlich ändern muss – Progressive Strukturreformen im sozial-ökologischen Umbau“

Im Forum mit dem Titel „Was sich mit der Transformation grundsätzlich ändern muss – Progressive Strukturreformen im sozial-ökologischen Umbau“ hatten die Teilnehmer_innen die Chance, über die grundlegende Struktur einer zukünftigen Wirtschaftspolitik sowie deren Umsetzung zu diskutieren. Unter der Moderation von **Dr. Arno Brandt** von der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft (SPW) wurde auf Basis der gemeinsamen Einsicht debattiert, dass sich im Hinblick auf das Klimaproblem auch die Wirtschaft sehr bald fundamental ändern müsse.



Stadtforscher **Prof. Dr. Dieter Läßle** von der HafenCity Universität Hamburg wies auf die Größe der Herausforderungen hin, vor denen man aktuell stünde. Diese seien begünstigt durch eine fehlende Stabilität des internationalen Systems, bedingt durch die Globalisierung. Doch einhergehend mit den Problemen in Bezug auf das Klima müssten auch soziale Ungleichheiten beseitigt werden. Diese Dinge müssten gemeinsam gelöst werden, so Läßle, was auf Zustimmung auf dem Podium und bei den Gästen stieß. Ihm ging es dabei um eine Neustruktur, aber nicht zwingend auch den Abbau des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, um den Herausforderungen zu begegnen. Insofern sah Läßle Digitalisierung und Innovation als Chancen für die kommende Entwicklung.

Außerdem teilte er mit **Prof. Dr. Kurt Hübner** von der University of British Columbia aus Vancouver den Ansatz von zyklischen Produktionen, in denen die Wiederverwertung von Produkten eine wichtige Rolle darstellt. Dieser Weg sei nach Hübner in der EU bereits beschritten worden. Im Hinblick auf den akuten Verbesserungsbedarf stellte er

die Frage, wie viele Reformen das gegenwärtige Wirtschaftssystem vertragen. Hübner dachte dazu an einen (ungeschriebenen) „grünen Gesellschaftsvertrag“, sodass jeder Mensch Teil der Lösung sein könnte. Der zweifelsfrei notwendige Diskurs solle dabei die konkrete Ausgestaltung dieses Vertrags klären und damit auch soziale Stabilität gewährleistet werden.

Aufbauend auf seiner These, dass „Krisen des Kapitalismus“ wie die Gegenwärtige stets von einer tiefgreifenden Transformation gefolgt wurden, bekräftigte auch der Politökonom **Prof. Dr. Michael Krätke** aus Amsterdam den dringenden Handlungsbedarf. Die Klimakrise sei ferner so bedrohlich, weil sie sich ohne schnelle und kräftige Gegenmaßnahmen weiter verschlimmere und nicht irgendwann in eine Nach-Krisen-Zeit übergehe. Die Probleme seien also besonders global anzugehen und es dürfe nicht ausschließlich in nationalstaatlichen Grenzen gedacht werden. Hierbei pflichteten ihm das Publikum und die anderen Gäste bei. In Anbetracht der immer weiter schwindenden Zeit seien laut Krätke also nicht nur schnelle, sondern auch finanziell gewichtige Maßnahmen zu treffen.

In den Beiträgen aus dem Publikum wurde eine große Unzufriedenheit mit vielen Entscheidungsträger_innen deutlich. Es wurde mehr Dialog untereinander und Bürgerbeteiligung gefordert, um mit vereinten Kräften stärker zu sein. Dazu wurde das Beispiel der Kooperation der großen Banken 2007/2008 angegeben, was zu einer maßgeblichen Verbesserung der Lage auf dem Finanzmarkt beigetragen habe. Die Diskutierenden wünschten sich jedoch, dass solche Kooperationen verschiedener Akteure, gerne auch international, noch wesentlich öfter erkennbar wären. Notfalls müsste man diese durch (politischen) Druck von unten anstoßen, damit den vorangegangenen Analysen nun auch entsprechende Taten folgen würden. Es stellte sich dann die Frage, bei welchen Institutionen und auf welcher politischen Ebene man den Druck aufbauen müsse.

Arno Brandt wies darauf hin, dass es bereits Ideen und Ansätze auf verschiedenen Ebenen gebe, von kommunalen bis zu globalen Projekten. Als Beispiel für eine zukünftige Idee brachte Prof. Läßle ins Spiel, dass etwa Bauplätze nicht nach Gebot, sondern nach zukunftsfähigem Konzept vergeben werden könnten. Prof. Krätke nannte die Genossenschaften als potenziell bedeutenden Akteur in der bottom-up-Kommunikationsrichtung. Die Beteiligten waren sich allerdings auch einig: Der aktuelle Krieg in der Ukraine sowie finanziell gewichtigen Interessen einzelner Akteure stünden positiven Veränderungen im Zuge der Transformation im Weg.

Daraus folgte noch die Frage der Demokratisierung der Entscheidungsprozesse. Es herrschte Einigkeit, dass eine möglichst breite Partizipation die Akzeptanz und damit auch die Effektivität der Maßnahmen erhöhen würde. Allerdings bestünde durch den demokratischen Minderheitenschutz auch die Gefahr, dass Minoritäten Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit blockieren könnten. Prof. Krätke äußerte sich dahingehend, dass dann in einem demokratischen Rahmen das Interesse der Allgemeinheit gegebenenfalls durchaus legitimen Einzelinteressen zu bevorzugen wäre. Dazu stellte Prof. Hübner dar, dass dennoch insbesondere im internationalen Dialog auf

die weniger Mächtigen Rücksicht zu nehmen wäre. Wenn beispielsweise ärmere Weltregionen ihre Lebensqualität zu Ungunsten der Umwelt zu verbessern versuchten, so müsse man auf ihre Bedürfnisse eingehen und ihre Interessen nicht auf Basis der eigenen (politischen) Macht übergehen.

Schließlich betonte Prof. Läßle noch einmal der Druck auf die Politik sei „die einzige Hoffnung, die wir haben“. Für eine erfolgreiche Transformation im Kontext des Klimaproblems sei demnach die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Klimafrage vonnöten und weniger moralisierte Diskussionen. Diese Aussagen wurde vom Publikum unterstützt. In den Wortbeiträgen wurde außerdem deutlich, dass einige bereichernde Ansätze in der Diskussion herausgekommen waren, auf deren Basis man sachlich fundiert weiter debattieren könnte. Die Gespräche um die Transformation der Finanz- und Wirtschaftspolitik dürften also auch noch weit nach dieser Gesprächsrunde weitergehen.